

Gemeinsamer Fraktionsantrag	Vorlage-Nr: 10/072
Federführend: CDU-Fraktion	Status: öffentlich Datum: 05.03.2010 Verfasser: Freyer, Marion
Auf Antrag aller Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt Hildesheim: Aufruf gegen den NPD-Aufmarsch am 5. Juni	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
15.03.2010	Rat der Stadt Hildesheim

Sachverhalt:

Aufgrund des am 5. Juni 2010 geplanten Aufmarsches der NPD in der Stadt Hildesheim, beantragen wir, den nachstehenden

Aufruf gegen den NPD-Aufmarsch am 5. Juni

in der Sitzung des Rates am 15. März 2010 zu behandeln und zu verabschieden. Der Text dieses Aufrufs wird dem Kreistag ebenfalls am 15. März 2010 zur Beschlussfassung vorliegen, so dass zum Ausdruck kommt, dass Kreistag und Stadtrat in der Beurteilung des Rechtsradikalismus einer Meinung sind.

Aufruf gegen den NPD-Aufmarsch am 5. Juni

Am 5. Juni 2010 hat die rechtsextreme NPD in Hildesheim zu einem Aufmarsch aufgerufen. An dem Tag, an dem die Kirchen und die Stadt Hildesheim Gäste aus vielen europäischen Ländern eingeladen haben, zusammen mit den Hildesheimerinnen und Hildesheimern das Michaelisfest zu feiern, provozieren die Neonazis mit der Verbreitung ihres faschistischen Gedankengutes.

An diesem Tag der friedlichen internationalen Begegnung wollen die, die von „Überfremdung“ reden, gegen alle hetzen, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen. Aus der Sprache der Gewalt und der demonstrativ gezeigten Gewaltbereitschaft entstand bei ähnlichen Aktivitäten in der Vergangenheit regelmäßig auch tatsächliche Gewalt.

Die St.-Michaelis-Kirche ist in Folge der nationalistischen Gewaltherrschaft zerstört worden. Mit Hilfe eines amerikanischen Juden konnte sie bald nach ihrem Untergang im Geist der Versöhnung neu erstehen. Der Gedanke, dass nun auch die Feier des 1000-jährigen Jubiläums der St.-Michaelis-Kirche von Neonazis zerstört werden soll, ist unerträglich.

Der Rat der Stadt Hildesheim fordert die Verwaltung auf,
alles zu unternehmen, um den NPD-Aufmarsch zu verhindern.

Der Rat der Stadt Hildesheim hat bereits am 19. März 2007 beschlossen, dem Rechtsextremismus entschlossen und gemeinsam entgegenzutreten. Er hat Politik, Vereine und Verbände, Gruppen und Initiativen, Kirchen, Unternehmen, Betriebsräte, Behörden, Institutionen, alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, unsere Gesellschaft aktiv gegen Anfeindungen zu verteidigen und dem weiteren Anwachsen des Rechtsextremismus Einhalt zu bieten. Sich selbst verpflichtete der Rat der Stadt Hildesheim, im Rahmen seiner Möglichkeiten alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um jeder Art von rechtsextremistischen Aktivitäten entgegenzuwirken.

Der Rat unterstützt die Initiative „bunt statt braun – Nazis entgegenreten“. Sollten die rechtlichen Mittel nicht ausreichen, den NPD-Aufmarsch zu verhindern, ruft der Rat die Bürgerinnen und Bürger auf, mit einer Demonstration am Samstag, 5. Juni 2010, 11.00 Uhr, auf dem Angoulêmeplatz in Hildesheim ein Zeichen des Friedens und der Völkerverständigung zu setzen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat wird gebeten, der oben genannten Resolution zuzustimmen.

Anlage/n:

keine